

»Am Ende zahlt immer der Bürger«

DBL-Vorstoß läuft ins Leere: Breite Front gegen wiederkehrende Straßenbeiträge

Lich (us). Die Anwohner von Amtsgerichtsstraße, Mengesstraße, Kreuzweg oder Hopfengarten können ein Lied davon singen: Wenn die Straßen saniert werden, müssen die Grundstückseigentümer tief in die Tasche greifen. Ob sie 3000, 5000 oder vielleicht sogar 20000 Euro zu zahlen haben, hängt von vielen Faktoren ab: von der Art der Straße, der Größe des Grundstücks und natürlich von den Baukosten, die insgesamt anfallen. Geregelt ist das im Detail in der Straßenbeitragsatzung. Weil dieser Abrechnungsmodus zu Härtefällen führen kann, wird aktuell in vielen Kommunen ein anderes Modell diskutiert: wiederkehrende Straßenbeiträge (siehe unten). Doch in Lich wird es sie auf absehbare Zeit wohl nicht geben. Nach dem Bauausschuss haben am Mittwochabend auch der Sozialausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss einen Vorstoß der Demokratischen Bürgerliste (DBL) abgelehnt, einstimmig, bei Enthaltung der FDP. Die endgültige Entscheidung fällt in der kommenden Woche in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Die DBL, die mit einem einzigen Stadtverordneten im Licher Parlament sitzt und in den Ausschüssen nicht vertreten ist, hatte in ihrem Antrag darauf hingewiesen, dass das Kommunale Abgabengesetz den hessischen Kommunen seit 2013 die Wahl zwischen einmaligen und wiederkehrenden Straßenbeiträgen lässt. »Wiederkehrende Straßenbeiträge überzeugen durch ihre soziale Komponente«, findet Stadtverordneter Andreas Müller-Ohly. Sie erhöhten die Akzeptanz für den Ausbau der Infrastruktur. Die Erhebung einmaliger Beträge hingegen belastete gerade ältere Menschen oder junge Familie mit Beträgen, die sie nicht schultern könnten. Ge-

Wiederkehrende Straßenbeiträge

Wenn eine Straße neu hergestellt oder grundhaft saniert wird, müssen sich die anliegenden Grundstückseigentümer laut gültiger Straßenbeitragsatzung an den Kosten beteiligen. Je nach Art der Straße und Größe des Grundstücks wird einmalig ein mehr oder weniger hoher Betrag fällig. In Einzelfällen können sich die Kosten auf mehrere Zehntausend Euro summieren. Wiederkehrende Straßenbeiträge verfolgen das Ziel, die Belastung auf mehr Schultern zu verteilen. Dazu werden Abrechnungsgebiete gebildet (zum Beispiel ein ganzer Stadtteil), in denen die Grundstückseigner alljährlich einen Betrag zu entrichten haben. Aus diesem Topf wird dann der Straßenbau bezahlt. (us)



Wenn Straßen von Grund auf saniert werden, müssen die Grundstückseigentümer zahlen. Von dieser Regelung der Straßenbeitragsatzung sind aktuell die Anlieger von Paul-Gerhardt-Straße und Langgasse betroffen.

(Foto: us)

rechter sei die andere Variante auch deshalb, weil alle Bürger einer Stadt von intakten Straßen profitierten und nicht nur die direkten Anlieger. »Alle benutzen die Gemeindestraßen, deshalb sollten alle solidarisch für die Kosten aufkommen,« heißt es im Antrag der DBL.

Die anderen Fraktionen folgten dieser Argumentation nicht. Der SPD missfällt, dass Hauseigentümer wiederkehrende Straßenbeiträge auf ihre Mieter umlegen könnten. Bei einmalig zu zahlenden Beiträgen besteht diese Option nicht. »Starke sollten mehr belastet werden als Schwache«, befand Armin Neumann. Zudem bedeuteten wiederkehrende Straßenbeiträge höhere Kosten und mehr Arbeit für die Verwaltung. »90 000 Euro und eine halbe Stelle«, sagte Neumann mit Verweis auf eine Aufstellung, die Fachbereichsleiter Marco Römer den Stadtverordneten an die Hand gegeben hatte. Auch die CDU will an der Straßenbeitragsatzung in der bisherigen Form festhalten. »Das System funktio-

niert«, unterstrich Markus Pompalla, der an die Eigenverantwortung der Hauseigentümer appellierte. Sie könnten ja privat ansparen »oder sich anderweitig Gedanken machen«. In diese Richtung äußerte sich auch FW-Mann Karl-Heinz Klös.

»Das System hat Charme«, sagte Thomas Krauskopf (Bündnis '90/Die Grünen) über die wiederkehrenden Straßenbeiträge. Dennoch lehnt er sie ab. Wegen der möglichen Belastung von Mietern, die häufig die sozial Schwächeren seien. Und wegen der zusätzlichen Belastung der Verwaltung durch ein »bürokratisches Monster«.

Auch Bürgermeister Bernd Klein meldete sich zu Wort. »Wenn wiederkehrende Straßenbeiträge ein Reißer wären, wären alle Kommunen schon umgestiegen.« Im Kreis Gießen habe bislang allerdings nur Buseck den Wechsel vollzogen. Und eines dürfe man nicht vergessen. Egal, für welches System man sich entscheide: »Am Ende zahlt immer der Bürger. Entweder einmal oder in Raten.«